

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Wir mussten handeln“

EZB-Chef Mario Draghi verteidigt seine Krisenpolitik und verspricht, die Preise stabil zu halten. Bei der Reform der Euro-Zone stellt er sich auf die Seite der Deutschen.

klappen, wäre ThyssenKrupp dann von ursprünglich acht Geschäftsbereichen auf nur noch fünf zurechtgestutzt. Und das alles mit Zustimmung der Betriebsräte, die einsehen, dass sich viel ändern muss.

Wer für den teilweise traurigen Zustand des Konzerns verantwortlich ist, interessiert den Vorstandschef nicht. „Ich blicke nur nach vorn“, sagt Hiesinger.

Was soll er auch sagen. Sein Vorgänger Schulz wurde von Cromme und Beitz zum Sündenbock erklärt und vom Hof gejagt. Sie selbst gelten als unantastbar.

Beitz ist eine lebende Legende. Der Industrielle hat im Zweiten Weltkrieg mehreren hundert Juden das Leben gerettet, indem er sie als Arbeiter einstellte. Er hat Krupp mehrmals vor dem Niedergang bewahrt. Die Krupp-Stiftung unterstützt Kunst, Kultur und soziale Projekte. Beitz besetzt die Rolle des guten Kapitalisten.

Wer mag da kritisieren, dass Beitz derzeit einer Kapitalerhöhung im Wege steht? Mit ihr könnte sich ThyssenKrupp dringend benötigtes Geld verschaffen. Doch dadurch würde der Anteil der Krupp-Stiftung sinken. Deshalb wird es keine Kapitalerhöhung geben.

Cromme, der als Aufsichtsratschef bei ThyssenKrupp und Siemens agiert, konnte in beiden Konzernen stets einen Verantwortlichen präsentieren, wenn Probleme auftauchten. Bei Siemens waren es Heinrich von Pierer und Klaus Kleinfeld, bei ThyssenKrupp war es Schulz.

Aber warum hat Cromme nicht dafür gesorgt, dass es bei ThyssenKrupp ein zeitgemäßes Controlling, eine professionelle Personalauswahl und eine effiziente Steuerung der Unternehmensbereiche gibt? Dies sollte auch zu den Aufgaben eines Aufsichtsratsvorsitzenden zählen.

Immerhin hat Cromme mit Hiesinger einen Konzernchef geholt, der durch seine Erfahrung bei Siemens weiß, wie man einen Technologiekonzern steuern kann. „Kleiner, aber feiner“ soll ThyssenKrupp nach dessen Vorstellung werden. Dass der Wandel mehrere Jahre benötigt, ist Hiesinger bewusst. Dass er ohne Widerstände abgeht, kann er kaum erwarten.

Noch gibt es ThyssenKrupp-Manager, die hoffen, Hiesinger werde nicht allzu viel verändern. „Der lernt das auch noch“, sagen sie und diskutieren schon einen Plan B für den Fall, dass der Aufbau neuer Geschäfte nicht vorankommt.

Das verbleibende Stahlgeschäft könnte mit einem europäischen Konkurrenten wie Salzgitter verschmolzen werden. ThyssenKrupp wäre wieder, was es fast zwei Jahrhunderte lang war: vor allem ein Stahlkonzern. Und Hiesingers Schaubild, das dem traditionellen Geschäft nur noch einen Anteil von 30 Prozent einräumt, wäre nur eine Episode aus einer wilden Zeit des Umbruchs.

FRANK DOHMEN, DIETMAR HAWRANEK



„Ich bin mir durchaus bewusst, dass ich ein Notenbanker ohne politisches Mandat bin.“

Währungshüter Draghi

TIM WEGNER / DER SPIEGEL

Draghi, 65, ist seit einem Jahr Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB). Der gebürtige Römer wurde an einer Jesuitenschule erzogen. Das Wirtschaftsstudium beendete er mit Bestnote. Als hochrangiger Beamter im Finanzministerium war Draghi später maßgeblich an der Vorbereitung des Euro-Starts in Italien beteiligt. Sechs Jahre führte er außerdem die Notenbank des Landes, die Banca d'Italia. Von 2002 bis 2005 arbeitete Draghi für die Investmentbank Goldman Sachs. In seinem Amt als wichtigster Währungshüter Europas sorgte er aus anderen Gründen für Schlagzeilen: Mit etlichen Krisenmaßnahmen brachte er vor allem Bundesbank-Chef Jens Weidmann gegen sich auf, der offen auf Konfrontationskurs zu Draghi ging. Vor allem das Programm zum unbegrenzten Aufkauf von Staatsanleihen kriselnder Euro-Länder entzweit die Notenbanker.

SPIEGEL: Herr Präsident, haben Sie ein Sparbuch?

Draghi: Ja.

SPIEGEL: Wissen Sie, wie viel Zinsen Sie dafür bekommen?

Draghi: Rund 1,75 Prozent, das ist der aktuelle Sparzins in Italien.

SPIEGEL: Ein deutsches Sparbuch wirft sogar noch weniger ab. Die Renditen reichen nicht annäherungsweise aus, um die steigenden Preise auszugleichen. Zahlen die Sparer die Zeche für die Euro-Krise?

Draghi: Nein. Wenn wir die Krise nicht lösen, werden wir alle dafür bezahlen. Und wenn wir sie lösen, dann werden wir alle, aber vor allem und gerade die deutschen Steuerzahler und Sparer, davon profitieren.

SPIEGEL: Trotzdem sorgen sich vor allem in Deutschland viele um den Wert ihres Geldes, weil die Europäische Zentralbank die Leitzinsen auf ein historisch niedriges Niveau gesenkt und angekündigt hat, in großem Stil Anleihen südeuropäischer Schuldenstaaten zu kaufen. Sind die Bürger zu Recht besorgt?

Draghi: Wir nehmen die Befürchtungen der Bürger sehr ernst. Die Menschen fragen uns zu Recht, warum wir es für notwendig hielten, das Programm zu den Staatsanleihekäufen anzukündigen.

SPIEGEL: Dann erklären Sie es uns bitte.

Draghi: Die Vertrauenskrise führt dazu, dass Gelder nach Deutschland fließen. Deshalb sind die Zinssätze in Deutschland sehr niedrig, während sie in anderen Ländern auf ein ungerechtfertigt hohes Niveau steigen. Einfach gesagt: Die Zinsen in anderen Ländern der Euro-Zone enthielten unter anderem Aufschläge für Spekulationen über einen Zusammenbruch der Euro-Zone. Diese Spekulationen waren unbegründet, und deshalb mussten wir dagegen vorgehen.

SPIEGEL: Und deshalb beschlossen Sie, den Regierungen in Rom und Madrid unter die Arme zu greifen.

Draghi: Nein, ausschlaggebend war etwas anderes. Die hohen Anleihezinsen ließen auch die Zinsen für Unternehmens- und Immobilienkredite in die Höhe schnellen. Das bedrohte die Wirkung unserer Geldpolitik: So sehr wir die Zinsen auch senkten, in der realen Wirtschaft kamen unsere Impulse nicht mehr an. Das konnten wir nicht tatenlos hinnehmen.

SPIEGEL: Viele Experten bezweifeln, dass die Kreditzinsen in Spanien und Italien tatsächlich auf einem alarmierenden Niveau lagen.

gegen die wir dringend etwas unternehmen mussten.

SPIEGEL: Vor allem in Deutschland sind aber viele der Auffassung, dass ihre Maßnahmen rechtswidrig sind. Sie umgehen das Verbot, staatliche Defizite mit der Notenpresse zu finanzieren.

Draghi: Das ist falsch. Verboten ist uns, Anleihen direkt von den Regierungen zu kaufen. An dieses Verbot halten wir uns. Erlaubt ist uns dagegen, Anleihen auf dem sogenannten Sekundärmarkt zu erwerben – also von Banken oder Finanz-



Anti-Spar-Demonstranten in Madrid: „Die Regierungen haben Souveränität verloren“

Draghi: Dafür gibt es keinen Grund, wir haben eine Kette von Belegen. Nehmen Sie die Bank, die in Spanien kaum noch eine Anleihe begeben konnte, obwohl sie objektiv genauso solvent war wie ein Institut in Deutschland. Kein Wunder also, dass Banken je nach Standort völlig unterschiedliche Kreditzinsen verlangen. Das ist auch der Grund, warum ein Ehepaar für eine Wohnung in Madrid völlig andere Hypothekenkonditionen erhalten kann als in München.

SPIEGEL: Es ist nicht ungewöhnlich, dass sich die Kreditzinsen in verschiedenen Ländern unterscheiden.

Draghi: Das stimmt, aber das Ausmaß der Unterschiede hatte jedes normale Maß überschritten. Die Zinsen müssen nicht in der ganzen Euro-Zone gleich sein. Inakzeptabel sind allerdings große Zinsunterschiede, die auf gestörte Kapitalmärkte oder die Befürchtung, dass die Euro-Zone auseinanderbrechen könnte, zurückzuführen sind. Zudem lagen in einigen Ländern die kurzfristigen Zinsen über den langfristigen, was für uns immer ein Alarmzeichen ist. Alle unsere Analysen zeigten uns, dass wir es mit einer schweren Vertrauenskrise zu tun hatten,

instituten –, wenn das für unsere Geldpolitik erforderlich ist. Genau das tun wir.

SPIEGEL: Fragt sich nur, warum Sie die Bürger auch noch mit der Bemerkung erschrecken mussten, Käufe in „unbegrenzter Höhe“ vorzubereiten. War Ihnen nicht klar, dass es den Menschen dabei angst und bange wird?

Draghi: Ich habe das Wort „unbegrenzt“ gewählt, um unsere Entschlossenheit deutlich zu machen, den Euro zu verteidigen. Man muss verstehen, wie die Märkte funktionieren. Unbegrenzt heißt aber nicht unkontrolliert. Im Gegenteil: Wir werden nur von solchen Ländern Anleihen kaufen, die strikte Bedingungen akzeptieren, und wir werden genau überprüfen, ob die Bedingungen auch eingehalten werden.

SPIEGEL: Daran haben wir Zweifel. Würden Sie einem Land wirklich die Hilfe verweigern, wenn es Reformauflagen nicht erfüllt?

Draghi: Selbstverständlich. Wenn ein Land die Vereinbarungen nicht einhält, werden wir das Programm nicht wieder aufnehmen. Wir haben angekündigt, dass die Operationen ausgesetzt werden, sobald ein Programmland überprüft wird. Wir werden dann den Internationalen Wäh-

rungsfonds und die Europäische Kommission bitten, zu bewerten, ob das Land die Vereinbarungen erfüllt. Erst dann würden wir die Operationen wieder aufnehmen.

SPIEGEL: Wie glaubwürdig solche Ankündigungen sind, lässt sich derzeit am Beispiel Griechenland studieren. Die Athener Regierung hat ihre Zusagen gegenüber der Troika aus Internationalem Währungsfonds, EZB und EU-Kommission wiederholt gebrochen, trotzdem soll es nun auch die nächste Tranche des Hilfskredits bekommen.

Draghi: Der Vergleich ist unangebracht. Griechenland kommt für unser Programm überhaupt nicht in Betracht, weil es ausschließlich an Länder gerichtet ist, die sich nach wie vor am Kapitalmarkt finanzieren. Das ist etwas völlig anderes.

SPIEGEL: Viele Bürger sind dennoch beunruhigt, dass die EZB in großem Stil hochriskante Staatsanleihen aus Südeuropa in ihre Bilanz nehmen will. Schon jetzt haben Sie Kreditpapiere aus Ländern wie Portugal oder Irland im Wert von rund 200 Milliarden Euro im Depot. Müssen am Ende die Steuerzahler einspringen, wenn die Länder ihre Kredite nicht bedienen können?

Draghi: Damit rechne ich nicht, ganz im Gegenteil: Bislang haben wir mit unseren Anleihekäufen sogar Gewinne erzielt, die an die nationalen Notenbanken geflossen sind, zum Vorteil der Regierungen und der Steuerzahler.

SPIEGEL: Können Sie garantieren, dass es dabei bleibt?

Draghi: Eines ist klar: Wenn die Regierungen in Südeuropa ihre erfolgreiche Reformpolitik der letzten Monate fortsetzen, wird der deutsche Steuerzahler mit unseren Käufen Gewinne erzielen. Es gibt keinen besseren Schutz gegen die Euro-Krise als gelungene Strukturreformen in Südeuropa.

SPIEGEL: Das kann man auch anders ausdrücken: Ihre Bilanz hängt von der politischen Entwicklung in Madrid, Rom oder Lissabon ab. Halten Sie es für klug, wenn sich eine Notenbank in dieser Weise von den Regierungen abhängig macht?

Draghi: Wir machen uns nicht abhängig, ganz im Gegenteil. Als sich die Krise im Frühsommer zuspitzte, hatte die EZB drei Möglichkeiten: erstens nichts zu tun, und eine zunehmende Verschlechterung der Krise zuzulassen, mit höheren Risiken vor allem für den deutschen Steuerzahler; zweitens bedingungslos Unterstützung zu gewähren oder drittens Hilfe unter Auflagen zu geben. Die EZB hat sich für die dritte Möglichkeit entschieden, weil wir so die Ursachen der Krise am besten bekämpfen können: Die Regierungen müssen sich zu einer gesunden Wirtschafts- und Finanzpolitik verpflichten. So sichern wir den Reformkurs in der Euro-Zone – und unsere Unabhängigkeit.

SPIEGEL: Die Erfahrung lehrt etwas anderes. Wenn Sie die Zinsen künstlich nach

unten drücken, erleichtern Sie den Regierungen das Schuldenmachen und verringern den Reformdruck.

Draghi: Hohe Zinsen sind das wichtigste Druckmittel für eine reformunwillige Regierung, da stimme ich Ihnen zu. Gerade deshalb aber bestehen wir auf die Einhaltung strikter Bedingungen. Außerdem wollen wir die Zinsdifferenzen zwischen den Ländern ja nicht völlig beiseitigen. Wir werden nur dann eingreifen, wenn die Unterschiede überhöht sind.



SPIEGEL: Viele Experten bezweifeln, dass sich das sauber auseinanderhalten lässt.

Draghi: Das sehen wir anders. Es gibt Modelle und Indikatoren, auf deren Grundlage wir zu einer fundierten Beurteilung kommen können.

SPIEGEL: Als Sie Ihr Programm angekündigt haben, lagen beispielsweise die Zinsen für zehnjährige spanische Staatsanleihen bei 6,5 Prozent. Wie hoch war in diesem Fall der spekulative Anteil?

Draghi: Das werde ich Ihnen nicht sagen; denn wir haben beschlossen, für unser Programm keine exakten Zahlen zu nennen, auf die wir später festgenagelt werden könnten. Ich kann Ihnen aber sagen, dass eine solide Analyse die erforderlichen Anhaltspunkte dafür liefert, ab wann die Unterschiede Anlass zur Besorgnis geben.

SPIEGEL: Wir fürchten eher, dass Sie sich in heilloser politischer Diskussionen mit den europäischen Regierungen verstricken. Um die Währungsunion auf stabile Grundlagen zu stellen, fordern Sie zum Beispiel eine stärkere Zentralisierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Davon ist aber bisher wenig zu erkennen.

Draghi: Das sehe ich anders. Die Regierungen sind auf dem richtigen Weg. Sie haben sich verpflichtet, mehr Kompetenzen in der Haushalts- und Finanzpolitik auf die europäische Ebene zu verlagern. Dazu müssen sie auf ihrem Gipfel im Dezember die notwendigen Beschlüsse fassen.

SPIEGEL: Bislang sind die Regierungen lediglich bereit, der EU-Kommission mehr Rechte bei der Kontrolle ihrer Haushalte einzuräumen. Die eigentlichen Entscheidungen aber sollen weiter in nationaler Hand bleiben.

Draghi: Die Regierungen haben Beschlüsse gefasst, die noch vor einem Jahr undenkbar gewesen wären. Das ist ein Fortschritt, aber er reicht noch nicht aus.

SPIEGEL: Warum nicht?

Draghi: Wenn Sie das Vertrauen in die Euro-Zone wiederherstellen wollen, brauchen Sie Regeln. Aber das ist nur der erste Schritt. Sie müssen auch sicherstellen, dass diese Regeln eingehalten werden. Daran hat es in der Vergangenheit gemangelt, daran müssen die Regierungen arbeiten.

SPIEGEL: Finanzminister Wolfgang Schäuble hat vorgeschlagen, dem EU-Währungskommissar direkte Durchgriffsrechte auf die nationale Haushaltspolitik zu geben. Was halten Sie davon?

Draghi: Ich unterstütze den Vorschlag ausdrücklich. Es wäre klug, wenn die Regierungen ihn ernsthaft prüfen würden. Ich bin sicher: Wenn wir das Vertrauen in die Euro-Zone wiederherstellen wollen, müssen die Länder einen Teil ihrer Souveränität an die europäische Ebene abtreten.

SPIEGEL: Genau dazu sind viele Regierungen nicht bereit. Warum ist der Widerstand so groß?

Draghi: Viele Regierungen haben noch nicht verstanden, dass sie ihre nationale Souveränität längst verloren haben. Weil sie in der Vergangenheit zu hohe Schulden aufgetürmt haben, sind sie nun vom Wohlwollen der Finanzmärkte abhängig. Es klingt paradox, aber es ist dennoch richtig: Erst wenn die Euro-Länder bereit sind, Souveränität auf europäischer Ebene zu teilen, werden sie an Souveränität gewinnen.

SPIEGEL: Die zweite Maßnahme, mit der Sie die Währungsunion auf solidere Grundlagen stellen wollten, war eine gemeinsame Bankenaufsicht unter dem Dach der EZB. Anders als bislang geplant, soll diese Aufsicht nun nicht zum ersten Januar 2013 starten. Sind Sie enttäuscht?

Draghi: Keineswegs. Wichtiger als das Datum ist, dass die Aufsicht gut arbeitet. Sonst riskiert die EZB ihren Ruf und ihre Unabhängigkeit.

SPIEGEL: Warum glauben Sie, dass die EZB die Banken besser beaufsichtigen kann als die bisher zuständigen nationalen Behörden?

Draghi: Wir wollen die nationalen Aufsichtsorgane nicht ersetzen, sondern eng mit ihnen zusammenarbeiten. Sie müssen aber unabhängig werden von ihren Regierungen bei der Bewertung der Probleme. Immer wieder wurden in der Vergangenheit Schwierigkeiten im Bankensektor totgeschwiegen.

SPIEGEL: Sie meinen in Spanien ...

Draghi: Ich werde keine Namen nennen. Aber ich bin sicher, dass wir unabhängiger und schneller handeln können, wenn das Entscheidungszentrum in Frankfurt liegt.

SPIEGEL: Dafür gefährden Sie Ihre Unabhängigkeit in der Geldpolitik. Können Sie noch frei über Zinsen entscheiden, wenn Sie fürchten müssen, dadurch wichtige Banken in den Ruin zu treiben?

Draghi: Ich bin mir der Gefahr bewusst, deshalb müssen wir die beiden Bereiche in der EZB strikt trennen. Der EZB-Rat sollte die meisten Aufsichtsaufgaben an einen eigenständig arbeitenden Ausschuss geben, in dem vor allem Aufseher sitzen werden.

SPIEGEL: Das klingt bescheiden, doch in Wahrheit haben Sie inzwischen so viele Aufgaben übernommen wie kein EZB-Chef vor Ihnen. Sie sind der größte Gläubiger vieler Euro-Staaten, werden zum obersten Bankaufseher und entwerfen gemeinsam mit Ratspräsident Herman Van Rompuy eine neue Struktur für die Euro-Zone. Ist es falsch, wenn man Sie den mächtigsten Mann Europas nennt?

Draghi: Ich sehe mich jedenfalls nicht so. In der Frage der Bankenunion zum Beispiel leisten wir nur technische Hilfe, weil wir gefragt wurden.

SPIEGEL: Sie sind nach jedem Euro-Gipfel in der „Tagesschau“ neben den Mächtigen der Welt zu sehen. Wollen Sie



Continental 

Reifen – neuester Stand.



Ausgelassener Winterspaß, sicherer Halt.

Kurze Bremswege,
wenn es drauf ankommt.

Für noch mehr Sicherheit – verbreitern Sie Ihren Kontakt zur Straße und setzen auch im Winter auf Breitreifen von Continental:



ContiWinterContact™
TS 830 P

ContiWinterContact™
TS 850

Bessere Bremsleistung
im lockeren Tiefschnee
und bei Nässe.

Mehr Grip auf festge-
fahrener Schneedecke
und auf Eis.

ADAC Motorwelt 10/2012
16 Winterreifen im Test
CONTINENTAL
ContiWinterContact
TS850
Dimension 205/55 R 16 H

ADAC

gut

Test



GABY GERSTER

Bundesbank-Chef Weidmann: „Nach wie vor viel Verständnis füreinander“

etwa sagen, dass Sie keinen Einfluss haben?

Draghi: Ich kann verstehen, dass dieser Eindruck entsteht. Aber ich bin mir durchaus bewusst, dass ich ein Notenbanker ohne politisches Mandat bin, der nur gemeinsam mit dem EZB-Rat handelt.

SPIEGEL: In Deutschland treffen Sie mit Ihrer Krisenpolitik auf große Vorbehalte. Waren Sie überrascht, dass Sie so viel Kritik auf sich gezogen haben?

Draghi: Ich hatte die Gelegenheit, mich am vergangenen Mittwoch mit Mitgliedern des Bundestags sehr eingehend über viele Themen auszutauschen. Mein Eindruck war, dass ich einige Punkte klären konnte, insbesondere die Frage, wie die Maßnahmen mit unserem Mandat vereinbar sind, wir unsere Unabhängigkeit wahren und die Preisstabilität auf mittlere Sicht gewährleisten können.

SPIEGEL: Genau daran haben viele Zweifel. Die Deutschen haben aus geschichtlicher Erfahrung gelernt: Wenn die Notenbanken die Märkte mit Geld fluten, steht am Ende Inflation.

Draghi: Wir müssen diese Ängste sehr ernst nehmen. Doch so einfach ist der Zusammenhang nicht. In einigen Fällen hat das Drucken von Geld Inflation verursacht, wie etwa in der Weimarer Republik. Aber in anderen Fällen hat proaktives Handeln der Zentralbank nicht zu Inflation geführt.

SPIEGEL: Sie meinen die Entscheidung der US-Notenbank Fed, die Leitzinsen Anfang des Jahrhunderts drastisch zu senken, eine Politik, die zur Preisblase am amerikanischen Immobilienmarkt und

zur Finanzkrise 2007/08 beigetragen hat. Wie wollen Sie ausschließen, dass sich so etwas in Europa wiederholt?

Draghi: Wir sind entschlossen, Preisstabilität zu gewährleisten und systemische Vermögensblasen zu vermeiden. Bislang sehen wir steigende Preise auf einigen wenigen Vermögensmärkten allenfalls auf lokaler Ebene. Solche Phänomene müssen regional von der Politik und den dafür zuständigen Aufsichtsbehörden angegangen werden, etwa indem Banken mehr Eigenkapital für ihr Risikoengagement im Immobilienbereich vorhalten müssen.

SPIEGEL: Was sagen Sie deutschen Steuerzahlern, die Inflation fürchten?

Draghi: Ich sehe aktuell keine Gefahren für die Preisstabilität. Die EZB ist wie stets verpflichtet, Preisstabilität zu gewährleisten, so wie sie es in der Vergangenheit getan hat. Wir rechnen fest damit, dass die Inflationsrate in der Euro-Zone im nächsten Jahr wieder unter unsere Zielmarke von nahe zwei Prozent fällt.

SPIEGEL: Den Deutschen wurde beim Start der Währungsunion versprochen, dass die EZB wie eine zweite Bundesbank handeln werde. Nun sprechen hierzulande



TIM WEGNER / DER SPIEGEL

Draghi, SPIEGEL-Redakteure* „Kultur der Unabhängigkeit“

* Anne Seith und Michael Sauga in der EZB-Zentrale in Frankfurt am Main.

manche von einer neuen Banca d'Italia, die in den siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts zweistellige Inflationsraten toleriert hat.

Draghi: Solche Anschuldigungen halte ich, gelinde gesagt, für nicht elegant. Aus zwei Gründen: In den Siebzigern war die Banca d'Italia nicht unabhängig. Die Situation ist heute völlig anders. Aber ich habe auch einen persönlichen Grund. Meine Familie hat damals einen großen Teil ihrer Ersparnisse wegen der Inflation verloren. Sie können also sicher sein, dass ich mich nicht nur aus beruflichen, sondern auch aus persönlichen Gründen, für die Gewährleistung von Preisstabilität einsetze.

SPIEGEL: Zwei deutsche Ratsmitglieder der EZB sind aus Protest bereits zurückgetreten, und der deutsche Bundesbank-Chef Jens Weidmann opponiert offen gegen Ihre Politik. Gibt Ihnen das nicht zu denken?

Draghi: Natürlich. Darin drücken sich Sorgen aus, die wir in unsere Entscheidungen einbeziehen. Sie können sicher sein, dass wir uns bei unseren Maßnahmen strikt an unser Mandat halten.

SPIEGEL: Ihr zurückgetretener Kollege Jürgen Stark sieht das anders.

Draghi: Der EZB-Rat schließt sich seiner Argumentation nicht an.

SPIEGEL: Es steht doch außer Frage, dass Sie Dinge tun, die früher undenkbar gewesen wären.

Draghi: Wir befinden uns auch in einer Krise, die früher undenkbar war. Es hilft deshalb nicht weiter, unsere Maßnahmen an der Vergangenheit zu messen. Wenn wir über die Kultur der Bundesbank sprechen, dann sprechen wir über eine Kultur der Unabhängigkeit und der Preisstabilität. Beiden Prinzipien bin ich tief verbunden. Und Sie können sich sicher sein, dass jedes Mitglied des EZB-Rats dem Ziel, Preisstabilität in völliger Unabhängigkeit und voll und ganz im Einklang mit dem Mandat unser Gründungsväter zu gewährleisten, ebenso tief verbunden ist.

SPIEGEL: Weidmann warnte kürzlich in einem SPIEGEL-Gespräch, Ihre Notenbankfinanzierung könne süchtig machen wie eine Droge.

Draghi: Das Risiko besteht, und wir behalten es im Auge. Notenbankfinanzierung kann aber auch hilfreich sein wie Medizin. Das gilt es ebenfalls zu beachten.

SPIEGEL: Wie lange kann diese Kontroverse zwischen Ihnen und Weidmann noch so weitergehen?

Draghi: Ich würde mir wünschen, dass manche Diskussionen etwas kontrollierter ablaufen würden. Herr Weidmann und ich haben nach wie vor viel Verständnis füreinander. Wir haben dasselbe Ziel, und unsere Meinungsverschiedenheiten über die richtigen Instrumente sind nicht unüberbrückbar.

SPIEGEL: Herr Präsident, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.